

+++Pressarchiv+++

Lauterbacher Anzeiger vom 01.03.2007

Die Gemeinsamkeiten wurden einvernehmlich zerredet Kein Beschluss des Parlaments zu einem Konzept für den Mobilfunk

Norbert Gregor Günkler: LAUTERBACH. Konsterniert und ungläubig den Kopf schüttelnd verließen die Mitglieder der Bürgerwelle die Sitzung der Stadtverordneten. Die sahen sich nach insgesamt mehr als sechs Stunden Beratungszeit (einschließlich der Ausschüsse) zum Mobilfunk außerstande, zu einem Beschluss zu kommen.

Die SPD hatte ihren Antrag zur Positivplanung zurückgezogen, weshalb die Änderungswünsche der Koalition ins Leere liefen. Nicht mal zum Mast in Blitzenrod - im Ausschuss noch einvernehmlich abgestimmt - gab es jetzt noch eine gemeinsame Haltung des Parlaments, weil die SPD im Plenum eine andere Version des Beschlusses wollte, dem aber die Koalition nicht zustimmen mochte. Die Gemeinsamkeiten waren einvernehmlich zerredet worden.

Im Bau- und Planungsausschuss hatten die Fraktionen noch einvernehmlich eine Versetzung des neuen Mastes in Blitzenrod gefordert. Die SPD rückte im Plenum allerdings von der Ausschuss-Version des Beschlusses ab. Sie wollte nachgebessert wissen, dass ein von der Bürgerwelle beauftragter Rechtsanwalt den Vertrag zwischen Stadt und E-Plus prüfen solle, während der Antragstext des Ausschusses dem Magistrat dazu keine Vorgaben machte. Die Fraktionen sahen sich im Plenum außerstande, über diese Frage eine Einigung zu erzielen, weshalb streitig abgestimmt wurde. Die SPD konnte ihre neue Version des Antrags nicht durchsetzen und votierte dementsprechend gegen die Fassung der Koalition - obwohl die Sozialdemokraten auch für die Versetzung des Mobilfunkmastes sind. Die Grünen hätten gerne die SPD-Version verabschiedet gesehen, stimmten aber dann auch für die Koalitionsfassung.

Der eigentliche Streit aber ging um das Mobilfunkkonzept für die Stadt: Sollte das Parlament bereits jetzt einen Grundsatzbeschluss zur Erstellung des Konzeptes fassen, wie es die SPD unbedingt wollte, oder sollte erst mal gefragt werden, was das kosten könnte und welche Chancen überhaupt bestehen, ein solches Konzept auch tatsächlich in einem Flächennutzungsplan umzusetzen, wie es die Koalition vorschlug. Eine solche Klärung der Sach- und Rechtslage forderte die SPD vehement beim Tagesordnungspunkt Teleskophubrettungsbühne für die Zeit vor der Anschaffung des Fahrzeugs (siehe gesonderten Bericht auf Seite 16).

Bürgermeister Rainer-Hans Vollmöller erläuterte, dass der Magistrat zusammen mit Rechtsanwalt Christian Hagemeyer ein Konzept für den Umgang mit dem Mobilfunk schnüren wolle. Hagemeyer vertritt die Stadt bereits in Sachen Windkraft.

Hagemeyer erläuterte dem Plenum, dass vor der Stadt ein schwieriger Weg liege, wenn ein Mobilfunkkonzept in die Flächenplanung integriert werden solle. Die Kreisstadt werde technische Unterstützung durch Fachbüros brauchen, um den Mobilfunkbetreibern Paroli bieten zu können. Dann müssten die Ergebnisse der Untersuchungen von einem Planungsbüro in den Flächennutzungsplan eingearbeitet

werden. Dabei riet Hagemeyer dringend zu juristischem Beistand, weil die Kriterien für eine solche Positivplanung von Mobilfunkstandorten bislang von den Gerichten noch nicht definiert seien. Angesichts des Aufwandes und der rechtlichen Unsicherheiten über den Ausgang eines solchen Verfahrens seien die Kosten nur schwer zu schätzen. Eine bis zu sechsstellige Summe halte er für möglich.

Nach Auffassung der Union bestätigte Hagemeyer, dass man sich vor einem Grundsatzbeschluss die rechtlichen Aspekte in einem Gutachten aufzeigen lassen und Angebote von Fachbüros einholen solle, um die Kosten besser abschätzen zu können. Die sechs Wochen Verzögerung könne man in Kauf nehmen, betonte Fraktionsvorsitzender Jens Mischak.

Nach Meinung der SPD bedurfte es solcher Vorbereitungen nicht mehr. Die Schädlichkeit des Mobilfunks sei bewiesen, meinte Claudia Blum, die Stadt müsse im Interesse ihrer Bürger jetzt handeln. Ein Konzept werde sicher schon für 20 000 oder 30 000 Euro zu bekommen sein.

Für die Grünen forderte Gerhard Herchenröder, Lauterbach müsse im Interesse der Gesundheit seiner Bürger ein Zeichen setzen mit einer Positivplanung für Mobilfunkstandorte.

Nach der Abstimmung über den Mast in Blitzenrod, die nach der Einigkeit im Ausschuss jetzt plötzlich kontrovers wurde, ließ die SPD die Sitzung unterbrechen. Danach verkündete Fraktionsvorsitzender Eckhard Köhler-Hälbig, dass die Fraktion ihre Anträge von der Koalition "nicht weiter aushöhlen lassen" wolle. Der Antrag zum Mobilfunkkonzept werde deshalb von der SPD zurückgezogen.

Damit war den Änderungswünschen der Koalition die Grundlage entzogen. Denn Änderungsanträge setzen zur Abstimmung den Antrag voraus, den sie ändern sollen. Damit stand das Stadtparlament gänzlich ohne Beschluss zum Mobilfunkkonzept da.

+++++

+++ Bürgerwelle Lauterbach +++ Sonnenweg 43, 36341 Lauterbach +++
Ansprechpartner: Klaus Euler +++ Telefon (06641) 5816, Fax (06641) 918 884 +++
Internet: www.buergerwelle-lauterbach.de +++ eMail: info@buergerwelle-lauterbach.de

Wer ist die Bürgerwelle? Die Bürgerwelle ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Lauterbach, die dafür eintreten, dass keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Altenheimen und Schulen errichtet werden. Die Bürgerwelle fordert, dass die Stadt Lauterbach eine intelligente und gesundheitlich unbedenkliche Standortpolitik für Mobilfunkanlagen betreibt.

+++++